Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 43. Donnerstag, 26. Januar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.

Anzeigen-Preise: Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Nm- u. Bekanntm. 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 6 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Kompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien.

Eine Zwangsanleihe von 40 Milliarden.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten".)

Berlin, 25. Jan. Die politische Lage stellt sich um die Mittagsstunde folgendermaßen dar: Kurz vor 10 Uhr traten das Zentrum, die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, an der auch der Reichskanzler, Dr. Rathenau und Hermes teilnahmen. Die Verhandlungen dienten der weiteren Erörterung der gestrigen Beratung, die als ergebnislos abgebrochen war. Insonderheit handelt es sich für die bürgerlichen Parteien darum,

neue Vorschläge

zu finden, denen die Sozialdemokratie nach ihrer Ansicht zustimmen könnte. Die Aussichten hierzu sind jedoch außerordentlich gering, da die Sozialdemokraten nach wie vor erklären, an ihrem Standpunkt unabänderlich festzuhalten. Die Demokraten hatten einen

Vermittlungsvorschlag

gemacht, der darauf hinauslief, 100 Prozent des zweiten Drittels des Reichsnotopfers beschleunigt einzuziehen. Um 11 Uhr war eine Beratung der U. S. P. beim Reichskanzler vorgesehen, die aber verschoben wurde, da die Besprechungen mit den bürgerlichen Parteien noch nicht beendet waren und der Reichskanzler Wert darauf legte, an diesen bis zum Schluß teilzunehmen. Die Beratungen der bürgerlichen Parteien haben nun zu einem vorläufigen Kompromiß geführt, und zwar mit folgender Basis:

Es werden sofort 40 Milliarden Papiermark auf dem Wege der Zwangsanleihe erhoben, die in den ersten fünf Jahren zinslos bleiben. Dafür wird auf sofortige Erfassung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers verzichtet.

Zu diesem Kompromiß werden nunmehr die Fraktionen selbst Stellung nehmen. Heute nachmittag 5 Uhr wird endgültige Beschlußfassung darüber herbeigeführt werden. Zurzeit verhandelt der Reichskanzler mit den Unabhängigen, um auch diese zur Annahme des Kompromißvorschlages zu bewegen.

Streikbeschluß der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Ultimative Forderung auf unverzügliche Aufbesserung der Einkommensverhältnisse.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Jan. In seiner gestrigen Sitzung faßte der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter mit 60 gegen 16 bei zwei Stimmenthaltungen einen Streikbeschluß. Daß der Streikbeschluß in diesem Falle ohne die sonst übliche Vornahme einer Urabstimmung gefaßt wurde, wird damit entschuldigt, daß die Satzungen der Reichsgewerkschaft für besonders dringende Fälle ein solches Abweichen von der Regel gestatten. Heute wird bei der Reichsgewerkschaft ein Aktionsausschuß gebildet, zu dem jede Fachgewerkschaft einen Vertreter entsendet und bei dem die Durchführung des Streikbeschlusses liegen wird. Zunächst soll dieser Ausschuß heute dem Reichsverkehrsminister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichstag ein auf fünf Tage befristetes Ultimatum stellen, in dem eine unverzügliche Aufbesserung der Einkommensverhältnisse, insbesondere bei den unteren Beamtengruppen, verlangt und das Arbeitszeitgesetz sowie das Eisenbahnfinanzgesetz in seiner jetzigen Fassung abgelehnt wird.

Beschleunigte Verhandlungen über die Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Jan. Seit gestern finden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften über die Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen in den Orten statt, wo die Arbeiterlöhne der Reichs- und Staatsbetriebe niedriger als die Industrielöhne gehalten sind. Auf beiden Seiten besteht der Wille, diese Verhandlungen möglichst schnell zu Ende zu führen. Immerhin dürfte ihre Beendigung erst zu Beginn des nächsten Monats möglich sein, da die deutschen Wirtschaftsgebiete der Reihe nach auf die Frage hin geprüft werden. Zurzeit werden die Lohnverhältnisse im Rheinland und Westfalen geprüft.

Der Rücktritt Schobers.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 24. Januar.

Die Annahme des Vertrags von Lana ist, nachdem durch eine Neuredigierung die Bestätigung der nationalen Schutzarbeit in Oesterreich freigegeben wurde, gesichert, da Christlichsoziale und Sozialdemokraten für ihn stimmen werden. Gleichwohl ist die Regierungskrise nicht zu vermeiden, da Bundeskanzler Schober der Vertrauensmann einer großdeutsch-christlichsozialen Koalition war, und die Großdeutschen durch ihren Sprecher ausdrücklich den Rücktritt Schobers verlangten. Die Christlichsoziale Partei hält an dem Kabinett Schober fest, die Sozialdemokraten machen kein Hehl daraus, daß sie ein Kabinett Schober jeder anderen Kombination vorziehen, erklären jedoch, daß sie sich wegen ihrer grundsätzlichen oppositionellen Stellung an der Wahl der Regierung nicht beteiligen können. Eine Wiederwahl des Kabinetts Schober wäre daher durch eine schwache Mehrheit, die aus den Christlichsozialen, der Deutschen Bauernpartei und dem Grafen Czernin besteht, gesichert.

Für die bürgerlichen Parteien kommt außerdem in Betracht, daß ein gänzliches Zurückziehen des Bundeskanzlers Schober ins Privatleben unter anderem auch bedeuten würde, daß auch die Wiener Polizei und der Wiener Stadtschutz vollkommen in die Hände des sozialdemokratischen Bürgermeisters Neumann gelangen würden, daß also die Gefahr bestünde, daß Oesterreich nicht nur eine sozialdemokratische Wehrmacht, sondern auch eine sozialdemokratisch organisierte Stadtpolizei in Wien hätte. Auch vom Standpunkte des Verkehrs mit dem westlichen Ausland wäre das Ausscheiden des Bundeskanzlers Schober ein bedeutender Verlust, da die Zeit noch in frischer Erinnerung steht, wo sämtliche Auslandsmissionen in Wien weder mit dem Staatskanzler Dr. Renner, noch mit einem anderen der damaligen sozialdemokratischen Würdenträger verkehrten, sondern ausschließlich mit dem Wiener Polizeipräsidenten, der auch heute noch als eine Persönlichkeit von internationalem Ansehen gilt.

Wenn man also von den unsicheren Mehrheitsverhältnissen absieht — die Majorität der Christlichsozialen samt ihren Hilfsgruppen gegenüber einer großdeutsch-sozialdemokratischen Opposition würde nur 3 Stimmen betragen — so würde einer Wiederwahl des Kabinetts Schober nichts anderes im Wege stehen, als eben die Amtsmüdigkeit des Genannten. Vielleicht ergibt sich später eine gewisse Entspannung, wenn die Großdeutschen unter gewissen Kautelen wieder für einen Eintritt in die Regierungsmajorität gewonnen werden können. Bis dahin wird man sich mit einem rein christlichsozialen Uebergangsministerium behelfen.

Die Aera Schober war nicht gerade mit Erfolgen gesegnet und insbesondere eine Reihe von Hoffnungen, die sich das Ministerium Schober auf finanziellem Gebiete gemacht hatte, sind unerfüllt geblieben. Insbesondere gilt dies von der Reform der Staatsverwaltung. Gerade durch ein Beamtenkabinett glaubte man die ungesunden Infiationen der Umsturzzeit im staatlichen Verwaltungsapparat paralysieren zu können. Aber es zeigte sich, daß die gewerkschaftliche Desorganisation des Beamtenkörpers schon zu große Fortschritte gemacht hat. Auch der Ersparungskommission hat der Rechnungshof seine Warnerstimme erhoben und an einer langen Reihe von Beispielen nachgewiesen, daß im gesamten Verwaltungsdienst eine so vollkommene Verrottung eingerissen ist, daß man füglich von einer staatlichen Verwaltung kaum mehr sprechen kann. In demselben Maße, in dem die Bedenkenlosigkeit bei der Verwendung staatlicher Gelder wächst, wächst merkwürdigerweise auch der Widerstand gegen jede Vermehrung der Arbeitsleistung. In diesen Tatsachen, die durch das immer mehr um sich greifende Wirtschaftselend ein verhängnisvolles Gegenstück erhalten, liegt der innere Grund der gegenwärtigen Regierungskrise. Oesterreich kann nur durch ein autoritätsstarkes Kabinett mit Erfolg regiert werden. Eine Regierung von dieser Kraft ist das Kabinett Schober leider nicht gewesen, konnte es auch nicht sein. Aber was auch immer kommen mag, wird nach diesem Riß, der innerhalb der bürgerlichen Parteien hervorgerufen wurde, noch schwächer und noch autoritätsloser sein. Es werden neue Steuern vorgeschrieben werden, aber auch in sie werden die Beamten keinerlei Ordnung zu bringen vermögen. Denn der redliche Ordnungssinn ist in diesem Staate zu kunstvoll untergraben worden.

Annahme des Vertrags von Lana durch den österreichischen auswärtigen Ausschuß.

Wien, 24. Jan. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat gestern die Beratungen über den Vertrag von Prag beendet und ihn mit Stimmenmehrheit angenommen. Zum Berichterstatter im Nationalrat für die am Donnerstag stattfindende Beratung des Vertrages wurde der frühere Bundeskanzler Mayer bestimmt.

Schlechte Aussichten für Genua.

Hughes gegen Frankreichs und Rußlands Militarismus.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 25. Jan. Der „Chicago Tribune" und dem „Exchange Telegraph" kommt aus Washington die Nachricht zu, daß die Senatoren, die in den letzten Tagen mit dem Präsidenten Harding konferierten, die Erklärung abgaben, daß die Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua überhaupt nicht teilnehmen wollten. Zu diesem Entschluß sei auch der Präsident gelangt, nachdem sich Staatssekretär Hughes im Verlaufe der Konferenz von Washington der Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua aus folgenden Gründen widersetzt hatte:

1. Weil Frankreich eine Armee unterhalte, deren Kosten es daran hinderten, sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen;
2. Weil in Rußland keine feste Regierung vorhanden sei;
3. Weil in Rußland eine sehr große Armee aufrecht erhalten werde.

Im Verlaufe der letzten Sitzung der Kommission, die die Entscheidung über die Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua zu treffen hatte, stellte sich Senator Lodge auf den Standpunkt, den Staatssekretär Hughes eingenommen hatte und die anwesenden Delegierten rieten dem Präsidenten, keine Delegierten nach Genua zu entsenden. In gutinformierten Regierungskreisen erklärt man allerdings, daß die Vereinigten Staaten sich an einer späteren Wirtschaftskonferenz beteiligen würden, wenn die von Staatssekretär Hughes genannten Hindernisse beseitigt würden.

London, 23. Jan. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times" schreibt, Amerika widerstrebe der Anerkennung der Sowjetregierung. Man sei der Ansicht, Rußland habe nichts zu bieten. Die Herrschaft Lenins, Trotzkys und des Roten Heeres hätten Rußland in die augenblickliche Lage gebracht. Es könne nur eine Vermehrung des russischen Elends erwartet werden, solange die Bolschewisten und das Rote Heer die Lage kontrollierten. In Bezug auf Frankreich herrsche in den höchsten Kreisen ein Gefühl der Bitterkeit und Bestürzung. Von allen Seiten werde auf die unmäßigen und selbstsüchtigen Forderungen der französischen Politiker und auf die unverantwortliche und gefährliche Isolierung hingewiesen, zu der sie bereit schienen, ihr Land zu verurteilen. (W. T. B.)

Amerikanische Boykottdrohung.

Washington, 25. Jan. Die Oppositionssenatoren, welche ihre scharfe Agitation gegen den Nachlaß der alliierten Kriegsschulden unentwegt fortsetzen, beabsichtigen eine Resolution einzubringen, welche einen finanziellen Boykott gegen diejenigen Staaten ausspricht, die ihre Militärausgaben nicht verringern oder mit den Staatseinnahmen in Einklang bringen wollen.

Deutschlands Ersuchen um Fristverlängerung für den Garantieplan.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 25. Jan. Der „Secolo" meldet aus Paris: Der deutsche Botschafter hat den Vorsitzenden der Garantiekommission Dubois um eine Verlängerung der Frist für die Einreichung der deutschen Steuerfinanzreformvorschläge im Auftrage seiner Regierung ersucht. Dubois erklärte sich hierzu nicht für kompetent und wies den deutschen Botschafter an die alliierten Kabinette.

Wirth gegen Poincaré?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 25. Jan. „Daily Telegraph" meldet: Der deutsche Botschafter besuchte am Sonnabend Lloyd George. Der Besuch dauerte eine halbe Stunde. Es verlautet, daß die deutsche Regierung gegen die Erklärung Poincarés über die Frist für die Besetzung der Rheinzone Einspruch in Paris, London und Brüssel erhoben habe.

Rotterdam, 25. Jan. Die „Times" melden: Lloyd George wünsche über Poincarés Erklärung, die Frist für die Rheinlandbesetzung hätte noch nicht zu laufen begonnen, eine Stellungnahme des Obersten Rates herbeizuführen. Bis dahin nimmt Lloyd George von einer amtlichen Stellungnahme zu der Erklärung Poincarés in der Kammer Abstand.

Meinungsverschiedenheiten über den Zusammentritt des Obersten Rates.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 25. Jan. Der „Tagesanz." berichtet aus Paris: Die englische Regierung erhebt gegen den Zusammentritt des Obersten Rates, der von Frankreich beantragt ist, Einwendungen. Nach einem Bericht im „Echo de Paris" wünscht Lloyd George die Festlegung der Tagesordnung für Genua durch einen schriftlichen Austausch der Kabinette. Der Oberste Rat soll zusammentreten, aber erst nach dem Abschluß der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, der jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit für Februar zu erwarten sei.

Deutsch-bürgerlicher Wahlsieg in Südtirol.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

München, 25. Jan. Die Münchner Zeitungen melden aus Innsbruck einen großen deutsch-bürgerlichen Wahlsieg in Südtirol. In Bozen erhielten die vereinigten bürgerlichen Parteien 1944 Stimmen, die Sozialisten und Italiener 687 Stimmen. In ganz Südtirol herrscht über den Sieg der bürgerlichen Parteien große Befriedigung. Die Niederlage der Sozialisten, die auf ihr Zusammengehen mit den Italienern zurückgeführt wird, ist eine überraschend große. In Meran und anderen Orten ist das Ergebnis ähnlich ausgefallen.

SLUB
Wir führen Wissen.